Nr. 120

DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

21. Juni 2019
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

AfD und auch Grüne: bereit, die Politik für die Konzerne fortzusetzen

Nachdem SPD und CDU bei der Europawahl weitere Millionen Stimmen verloren haben, glichen sie wochenlang aufgeschreckten Hühnern: Ob und wie sollten sie die Große Koalition fortsetzen? Und die SPD, die mit Schulz und Nahles bereits zwei Parteivorsitzende in anderthalb Jahren verschlissen hat, sucht verzweifelt nach jemandem, der ihrer Partei ein „neues Gesicht“ geben soll. Ein vergebliches Unterfangen!

Jahrzehntelang waren Konservative und Sozialdemokraten an der Regierung und haben beide die gleiche arbeiterfeindliche Politik gemacht. Mittlerweile haben sie so das Vertrauen der Bevölkerung verloren. Und das nicht nur in Deutschland, sondern quasi überall in Europa. Der Niedergang der SPD geht dabei noch viel schneller als der der CDU. Denn ihre Wähler waren die Arbeiter – also die, die am meisten unter den Sparplänen, der Rente mit 67 oder den Hartz-Gesetzen leiden müssen.

Dass die SPD in ferner Vergangenheit mal eine Partei der Arbeiter gewesen war, hat ihr noch lange Sympathie unter den Arbeitenden eingebracht. Doch sie hat dieses Vertrauen benutzt, um den kapitalistischen Staat zu verteidigen. Die SPD hat die Illusion verbreitet, dass wir Arbeitenden nicht kämpfen, sondern nur „richtig wählen“ müssten – und dann würde sich die SPD um all unsere Probleme kümmern.
Doch an der Regierung hat die SPD stets allzu deutlich bewiesen, was sie wirklich ist: Eine Partei, die die Stimmen der Arbeiter missbraucht, um für die Kapitalisten Politik zu machen. Sie hat ihre Glaubwürdigkeit restlos verspielt.

Die Grünen haben einst mit der SPD regiert und mit ihr die Hartz-Gesetze, Kriegseinsätze und auch die Verlängerung der Braunkohle durchgesetzt. Doch es ist ihnen trotzdem noch mal gelungen, sich als „neue“ Hoffnung darzustellen, wobei sie insbesondere von der berechtigten Sorge über den Klimawandel profitieren.

Seit dem Wahlerfolg der Grünen tun fast alle Parteien so, als gäbe es für sie nichts Wichtigeres, als den Klimawandel zu bekämpfen. Doch was schlagen sie vor?
Eine neue CO_2-Steuer, die die Heiz- und Spritkosten noch weiter in die Höhe treibt! Eine Steuer auf Plastik, bei der die arbeitende Bevölkerung an der Supermarktkasse dafür bezahlen soll, dass die großen Lebensmittelkonzerne ihre Waren dreifach verpacken. Gleich zwei neue Verbraucher-Steuern also, die das tägliche Leben noch teurer machen. Als ob nicht schon genug Arbeiterfamilien lange vor Monatsende das Geld ausgeht!

Die Konzerne aber, die im Gegensatz zu uns die Macht haben zu entscheiden, was zu welchen Bedingungen produziert und transportiert wird, mit wie viel Plastik und CO_2, will niemand antasten. Im Gegenteil, ihnen will man Milliarden an Steuern schenken – um ihnen angeblich zu „helfen“, umweltfreundlicher zu produzieren.
Ihre „Klimapolitik“ ist nur ein neuer Name dafür, die Reichen reicher und die Arbeiter ärmer zu machen. Mit Bekämpfung des Klimawandels hat das nichts zu tun.

Für die Konzerne zählt nur der Profit. Solange sie Gewinn machen, ist ihnen egal, ob sie damit die Gesundheit ihrer Arbeiter oder einen Landstrich zerstören. Und erst recht, ob dies in 20 Jahren die Umwelt zerstören könnte. Wer also nicht bereit ist, sich gegen die Kapitalisten und ihre Profitlogik zu stellen, kann nichts Ernsthaftes gegen den Klimawandel unternehmen. Doch das kommt für die Grünen genauso wenig in Frage wie für die anderen herrschenden Parteien.

Der einzige Beitrag der Grünen besteht darin, die hohen Strom- und Spritpreise, den erzwungenen Konsum-Verzicht der ärmeren Bevölkerung und die Entlassungen bei RWE oder Daimler moralisch im Namen des „Klimaschutzes“ zu rechtfertigen... während die Kapitalisten sich seelenruhig weiter bereichern und den Planeten zerstören können.

Kann es da verwundern, dass immer mehr Menschen nur noch Abscheu empfinden für die Arroganz und all die Lügen der herrschenden Parteien? Für das ganze politische System, in dem die Wahlen nur eine Zirkusshow sind, die verschleiern soll... dass sich in Wahrheit gar nichts ändert?

In ganz Europa machen sich dies rechtsextreme, ausländerfeindliche Parteien zu Nutze. Diese Parteien tun so, als wären sie gegen das System und werben stattdessen für einen „starken Staat“, der durchgreift. Doch er soll für die Kapitalisten durchgreifen! Überall, wo diese Parteien an der Regierung sind, haben sie die Arbeitszeiten verlängert, beim Lohndrücken geholfen und die Rechte der Gewerkschaften eingeschränkt.
Denn dass die Arbeiter ihre Meinung äußern, sich organisieren und sich gegen ihre Bosse wehren, gehört zu den ersten Dingen, die alle rechtsextremen Regime zu verhindern suchen.

Diese bedrohliche Entwicklung wird keine Partei verhindern, die wie die Grünen oder eine Neuauflage der SPD die Arbeitenden nur wieder betrügen und enttäuschen wird. Was uns fehlt, ist eine wirkliche Partei der Arbeiterinnen und Arbeiter. Eine Partei, die ehrlich sagt, dass Wahlen keine Veränderung bewirken, aber dass wir über andere Mittel verfügen, etwas zu ändern.

Denn Millionen Arbeitende können eine riesige Kraft werden, wenn sie sich zusammentun. Was ihnen hierfür heute fehlt, ist einzig das Bewusstsein, dass sie alle gemeinsame Interessen haben. Und dass sie mit ihrer wichtigen Rolle in der Wirtschaft die Macht haben, heute die Angriffe der Konzerne und Regierungen abzuwehren und morgen ihre gesamte Herrschaft in Frage zu stellen. Eine Partei, die hilft, dieses Bewusstsein zu entwickeln, gilt es aufzubauen.

Die (politischen) Methoden der Rechtsradikalen:
Einschüchterung, Terror und Mord

Mittlerweile scheint festzustehen, dass der Kassler Regierungspräsident Lübcke (CDU) am 3. Juni von einem rechtsradikalen Aktivisten ermordet worden ist. 2015 hatte Lübcke es gewagt, rechtsextremen Pegida-Aktivisten auf einer Bürgerversammlung die Stirn zu bieten. Auf ihre Forderung „Flüchtlinge raus“ schlug er ihnen vor, sie selber könnten ja stattdessen das Land verlassen.

Diese eine Aussage machte ihn zu einem der beliebtesten Hassobjekte der AfD-Propaganda im Netz. Monatelang erhielt er Morddrohungen. Der bekannte rechte Autor Pirinci schrieb zu ihm: „Die KZs sind ja leider derzeit außer Betrieb.“
Fast vier Jahre später wurde Lübcke im Zuge der Europawahl erneut zur Zielscheibe von Hasstiraden im Internet. Und nur wenige Tage nach den europaweiten Wahlerfolgen der extremen Rechten wurde Lübcke mit einem gezielten Kopfschuss umgebracht.

Der mutmaßliche Täter Stephan E. ist seit mindestens 26 Jahren in der rechtsradikalen Szene aktiv. In den 1990ern beteiligte er sich an Anschlägen auf Asylbewerberheime. Später gehörte er der bewaffneten, rechtsradikalen Terrormiliz Combat 18 an, die in mehreren Ländern Europas aktiv und für zahlreiche Anschläge und Morde verantwortlich ist. 2009 gehörte er zu den gut organisierten Rechtsradikalen, die in Dortmund die 1.Mai-Demonstration der Gewerkschaft angriffen und Steine auf demonstrierende Arbeiter schmissen. Und nun hat er wohl einen Politiker ermordet.

Der Lebensweg von Stephan E. ist typisch für die Rechtsradikalen und macht deutlich, was uns mit ihnen erwartet. Sie sind nur eine Minderheit, doch mit Einschüchterung und Terror versuchen sie, Einfluss zu bekommen – wobei sie vor Mord nicht zurückschrecken. Sie richten sich gegen alle, die eine andere Meinung vertreten und sich gegen sie stellen. Und sie richten sich ganz grundsätzlich gegen die Arbeiter und ihre Organisationen.

Heute terrorisieren sie meistens den schwächsten Teil der Arbeiterklasse: die Arbeiter ausländischer Herkunft. Außerdem – wenn auch noch vereinzelt – Kundgebungen der Gewerkschaften. In Italien haben sie – ermutigt durch die hetzerischen Reden des rechtsextremen Innenministers Salvini – begonnen, ausländische Arbeiter und Gewerkschafter anzugreifen, die sich gegen die unmenschliche Ausbeutung auf den Plantagen zu wehren versuchen.
Und erinnern wir uns, wie Amazon gezielt eine rechtsextreme Gruppe engagiert hat, um seine ausländischen Saisonarbeiter außerhalb der Arbeit und sogar in ihren Unterkünften zu überwachen und in Schach zu halten.

Sollten sie an Stärke und Rückhalt gewinnen, werden diese Rechtsradikalen morgen wie in der Vergangenheit versuchen, als Handlager für die Unternehmer Streiks und Arbeiterproteste auseinanderzutreiben.

Dies ist ein Grund, warum das Erstarken der rechtspopulistischen Parteien in ganz Europa so gefährlich für uns Arbeitende ist. Ihr Erstarken führt dazu, dass diese rechtsradikalen Schläger sich stärker und in ihrem Terror ermutigt fühlen. Und es führt auch zu einem wachsenden Rückhalt der Rechtsextremen im Staatsapparat, wie die verschiedenen Skandale mit rechtsextremen Polizistengruppen und nicht zuletzt der Fall des Präsidenten des Verfassungsschutzes, Maaßen, gezeigt haben.
Auch der Spitzenkandidat der AfD in Görlitz, der beinahe erster AfD-Oberbürgermeister geworden wäre, ist Polizeikommissar. Und in manchen ländlicheren Gegenden Ostdeutschlands ist es für die Gewerkschaft bereits schwer, eine Kundgebung anzumelden, weil AfD-nahe Beamte sie verbieten.

Ein solcher Staat kann und wird uns nicht vor den Rechtsradikalen schützen. Auch, weil er grundsätzlich der Staat der kapitalistischen Klasse ist und Rechtsradikale eben keine Gegner des kapitalistischen Systems sind, sondern ihre Herrschaft nur eine Variante ist, die das kapitalistische System annehmen kann.

Wir Arbeitenden müssen uns darauf vorbereiten, uns und unsere Organisationen selber zu verteidigen: unser Recht, unsere Meinung zu sagen, uns zu organisieren, zu demonstrieren oder zu streiken. Und auch darauf, die Ursachen dieser rechtsextremen Gefahr zu bekämpfen: die kaputte kapitalistische Gesellschaft, zu deren Fäulnisprodukten der Anstieg rückwärtsgewandter, rechtsextremer Ideen und Terrorgruppen gehört.

Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiter!

Ende Mai sind Hafenarbeiter in Genua (Italien) spontan in den Streik getreten und haben so verhindert, dass ein Schiff aus Saudi-Arabien mit Waffen für den Krieg im Jemen beladen wird. Wenige Tage später nahmen sich die Hafenarbeiter im französischen Marseille ein Beispiel daran und weigerten sich ebenfalls, ein saudisches Schiff mit Rüstungsgütern zu beladen.

Der saudische Staat geht beständig auf Einkaufstour, da er in quasi allen europäischen Staaten Waffen für seinen Krieg im Jemen bekommt – auch aus Deutschland. Trotz gegenteiliger Ankündigungen hat die deutsche Regierung allein seit Jahresanfang 122 Rüstungslieferungen für 1,1 Milliarden Euro an die kriegführenden Staaten im Jemen genehmigt, darunter an die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten und sogar zwei an Saudi-Arabien.

Während sich die europäischen Rüstungskonzerne an dem Schrecken und Leid der Bevölkerung im Jemen eine goldene Nase verdienen und die Regierungen ihnen dabei helfen, haben europäische Hafenarbeiter einige ihrer todbringenden Lieferungen verhindert!

Sudan: Die Henker am Werk – gegen die aufständischen Massen

Armee-Einheiten der Regierung sind dabei, die aufständischen Massen im Sudan niederzuschlagen, die mit ihren monatelangen Protesten erst den Diktator gestürzt haben und nun fordern, dass auch die Armee sich aus der Regierung zurückzieht.

Demonstranten versuchen mit Straßensperren zu verhindern, dass die Militärs mit ihren Panzerfahrzeugen in die Stadtviertel eindringen

Seit einem ersten blutigen Massaker am 3. Juni, bei dem mehr als 100 Demonstranten ermordet und 500 verletzt wurden, patrouillieren die Regierungsmilizen in Panzerwagen durch die Hauptstadt Khartum und schlagen alle Einwohner zusammen, deren Gesicht ihnen nicht passt. Sie terrorisieren die Bevölkerung in der Hoffnung, dass diese sich nicht mehr auf die Straße traut. Dennoch gehen die Demonstrationen und Streiks bislang weiter.

Die Armee-Einheiten, die den Terror unter den Demonstranten verbreiten, sind berüchtigt: Sie haben in den 2000ern Angst und Schrecken unter der Bevölkerung in der Region Darfur verbreitet, bevor sie mit Zustimmung der EU zu „Küstenwächtern“ wurden, die mit den gleichen Methoden die Flüchtlinge aus anderen afrikanischen Staaten an der Weiterreise nach Europa hindern sollten.

Trotz des fortgesetzten Terrors rufen die Wortführer der Widerstandsbewegung einzig dazu auf, weiter friedlich zu demonstrieren.
Sie beschränken sich darauf, das Militär darum zu bitten (!), doch die Massaker gegen die Bevölkerung einzustellen und wieder zu verhandeln. Auf Verständnis und Milde der Armee zu hoffen, die jahrzehntelang die beste und wichtigste Stütze der Diktatur war, läuft jedoch darauf hinaus, seinen Kopf auf den Richtblock zu legen und zu hoffen, dass der Henker sein Beil nicht einsetzt – statt zu überlegen, wie man sich bewaffnen und den Henker entwaffnen kann.

Die Massen im Sudan müssen diese Erfahrung heute leider blutig bezahlen. Ihre Erfahrung muss allen im Gedächtnis bleiben, für sie und für alle Menschen in der Welt, deren Wut und Revolte gegen die Diktatur und die bestehende Ordnung derzeit wächst.

Streik gegen Ruhrbahn-Sparpläne

Am Morgen des 13. Juni haben die Beschäftigten der Ruhrbahn kurzfristig den Bus- und Bahnverkehr lahmgelegt und damit ihre Chefs, die Stadtspitzen von Mülheim und Essen, überrumpelt. Mit ihrer mehrstündigen Arbeitsniederlegung protestierten sie gegen die Sparpläne der Stadt Mülheim, das Angebot bei Bus und Bahn um 30% (!) zurückzufahren und so 7 Millionen Euro einzusparen. Nachmittags demonstrierten außerdem 500 Einwohner gegen die Pläne.

Mittlerweile hat die Stadt Mülheim zwar ihre grandiose Idee, zwei Straßenbahnlinien komplett abzuschaffen, wieder aufgegeben. Doch noch immer wollen sie Buslinien und Haltestellen abschaffen, seltener fahren... während sie gleichzeitig Umwelt-Moralapostel spielen und Arbeitenden ein schlechtes Gewissen machen, wenn sie mit dem Auto zur Schicht fahren!

Mit ihrer kurzentschlossenen Arbeitsniederlegung haben die Beschäftigten der Ruhrbahn deutlich gemacht, dass sie diese weitere Verschlechterung für sich und die Fahrgäste nicht einfach schlucken werden.

Karstadt-Kaufhof: Unser Chef geht mit unserem Geld einkaufen

Der Milliardär und Immobilienmogul Benko hatte schon ganz Karstadt und die Mehrheit von Kaufhof gekauft. Jetzt hatte er noch mal eine Milliarde Euro übrig und hat auch noch die letzten Anteile von Kaufhof gekauft. Das hindert ihn nicht daran zu behaupten, dem Konzern gehe es fürchterlich schlecht. Und daher müsse er über 2.000 Arbeiterinnen bei Kaufhof entlassen und aus dem Tarifvertrag aussteigen, um allen übrigen Beschäftigten noch weniger Lohn zu zahlen.
Das Gleiche hat er vorher bei Karstadt gemacht. Hier verdienen die Verkäuferinnen heute rund 300 Euro weniger, als wenn sie noch Tariflohn hätten. Und das Geld, das er den Karstadt-Beschäftigten so gestohlen hat, konnte er dann nutzten… um Kaufhof aufzukaufen!

Empört darüber, dass dieser Milliardär ihnen schon wieder an den Kragen geht, während sie heute schon kaum noch mit ihrem Lohn klarkommen, haben die Beschäftigten von Kaufhof und Karstadt in den letzten drei Monaten immer wieder einzelne Tage gestreikt und demonstriert: Zusammen mit den Beschäftigten von Amazon, Real, Netto, Kaufland, Edeka und vielen anderen Einzelhandelsketten, deren reiche Bosse ihnen zum Teil ebenfalls den Tariflohn verweigern, fordern sie höhere Löhne und die Rückkehr zu einheitlichen Tariflöhnen für alle Beschäftigten des Einzelhandels.

Die Steuern werden gesenkt... für die Konzerne

Still und heimlich hat die Große Koalition beschlossen, die Steuern für Unternehmen noch weiter zu senken. Für Gewinne, die die Konzerne im Ausland machen, sollen sie in Deutschland quasi gar keine Steuern mehr zahlen! Firmen, die keine Aktien-, sondern Personengesellschaften sind (wie zum Beispiel Aldi, Oetker, dm oder der Fleischkonzern Tönnies) sollen außerdem statt 28,5 nur noch 25% Einkommenssteuer zahlen.

Sonst streiten sich CDU und SPD immer monatelang lautstark um ein neues Gesetz. Sie streiten allein seit Monaten darüber, ob eine kleine Grundrente für Menschen, die 35 Jahre und mehr zu Niedriglöhnen gearbeitet haben, „bezahlbar“ wäre. Doch wenn es darum geht, die prallen Geldschränke der Konzerne noch weiter zu füllen, gibt es keine Diskussion: Da leeren sie still und einträchtig die öffentlichen Kassen!

Solidarität mit den drei gekündigten Kolleginnen vom Uniklinikum Düsseldorf!

Zwei gewerkschaftlich aktiven Arbeiterinnen vom Uniklinikum Düsseldorf ist fristlos gekündigt worden und eine weitere soll entlassen werden – alles unter einem völlig an den Haaren herbeigezogenen Vorwand.

Der wahre Grund ist für alle offensichtlich. Letzten Sommer haben hier mehrere hundert Beschäftigte des Klinikums über 11 Wochen hinweg mit Unterbrechungen gestreikt. Bei den Arbeiterinnen und Arbeitern aus Reinigung, Küche, Wäsche oder Transport, die in Tochtergesellschaften ausgelagert wurden und dort zum Teil zum Mindestlohn arbeiten mussten, gab es sogar schon anderthalb Jahre lang vorher immer wieder Protestaktionen und Streiktage. Gerade in den Protesten der Tochtergesellschaften war eine der Gekündigten besonders aktiv.

Mit ihrem Streik konnten die Arbeitenden 180 zusätzliche Arbeitsplätze erkämpfen, außerdem enorme Lohnerhöhungen für die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Tochtergesellschaften. Für die Düsseldorfer Klinikleitung, die für ihre Methoden berüchtigt ist, ist dieser Sieg der Streikenden unerträglich. Mit den Kündigungen wollen sie den Erfolg kaputt machen und alle Arbeitenden einschüchtern, um sie in Zukunft vom Streiken abzuhalten. Der Angriff auf die drei Kolleginnen ist ein Angriff auf alle Arbeiter!

Die Arbeitenden am Klinikum wollen das nicht zulassen. Mit Unterschriftensammlungen und Solidaritätsaktionen fordern sie die Wiedereinstellung ihrer drei Kolleginnen.

Vor 25 Jahren: Homosexualität ist in Deutschland nicht mehr strafbar

Vor genau 25 Jahren – also erst 1994 (!) – wurde der § 175 abgeschafft, der Homosexualität unter Strafe stellte. 123 Jahre lang wurden mit diesem Paragrafen Männer und Frauen wegen ihrer sexuellen Neigung verfolgt und eingesperrt.

Die Nazis verschärften den Paragraphen noch einmal, und die Bundesrepublik behielt dies bei: Allein zwischen 1953 und 1965 wurden 50.000 Männer wegen Homosexualität verurteilt – meist zu Gefängnisstrafen. Viele weitere verloren ihre Arbeit. Der Staat schreckte vor nichts zurück: Homosexuelle, die von den Nazis ins KZ gesteckt und bei Kriegsende befreit worden waren, wurden wieder eingesperrt... weil sie „ihre Strafe noch nicht abgesessen hätten“!

Erst die 68er-Bewegung hat die gesellschaftliche Einstellung zu Homosexualität verändert und damit zu einer gewissen Lockerung der Gesetze geführt. Doch erst nach der Wiedervereinigung mit Ostdeutschland, wo die DDR bereits seit 1957 Homosexualität nicht mehr gesetzlich bestraft hatte, wurde der Paragraph 175 komplett abgeschafft. Und erst 2017 wurden die alten Urteile der BRD gegen Homosexuelle aufgehoben.

In der heutigen Zeit hat endlich jeder das Recht, ohne Angst und Verfolgung mit den Menschen seiner Wahl zusammen zu sein. Doch die reaktionären Bewegungen, die derzeit überall stärker werden, stellen dieses Recht ebenso in Frage, wie sie andere scheinbar sicher geglaubte Errungenschaften – wie das Recht auf Abtreibung oder andere Rechte der Frauen – in immer mehr Ländern wieder vernichten.

Solange der Kapitalismus regiert, der von Spaltung und Verfolgung von Minderheiten lebt und sich in großen Schritten rückwärts entwickelt, sind alle diese erkämpften Rechte beständig in Gefahr.

Brasilien: 45 Millionen streiken gegen Rentenpläne

An die 45 Millionen Arbeiter und Studierende haben am 14. Juni in Brasilien gestreikt und sind auf die Straße gegangen, um laut NEIN zu der geplanten Rentenreform und den Kürzungen im Bildungswesen zu sagen.

Während heute noch rund jeder zweite mit 50 Jahren in Frührente geht, wollen Regierung und Kapitalisten alle Männer zwingen, mindestens bis 65 zu arbeiten – und Frauen bis 62. Außerdem sollen sie mindestens 40 Jahre lang einzahlen müssen, bevor sie die volle Rente erhalten.

In einem Land, in dem die große Mehrheit der Arbeiter von unsicheren Jobs lebt und immer wieder zeitweise arbeitslos ist, würde dies es den meisten Arbeiterinnen und Arbeitern unmöglich machen, überhaupt jemals die volle Rente zu erhalten – und die ist schon nicht hoch!

Ebenso brutal sind die Angriffe im Bildungswesen: Präsident Bolsonaro will die Ausgaben der staatlichen Universitäten um unfassbare 30% kürzen! Was dies für all die jungen Menschen bedeutet, die sich keine private Universität leisten können, mag man sich kaum vorstellen.

20 Milliarden Euro pro Jahr will er auf diese Weise auf dem Rücken der Arbeitenden und Studierenden sparen.

Tatsächlich hatte bereits Bolsonaros Vorgänger versucht, eine solche Rentenreform durchzusetzen – und hatte damit massive Proteste hervorgerufen. Die Enttäuschung über seine arbeiterfeindliche Politik und mehr noch über die der „linken“ Arbeiterpartei von Ex-Präsident Lula haben es dem Rechtsextremen Bolsonaro ermöglicht, an die Macht zu kommen. Bolsonaro hatte so getan, als wäre er ganz anders als die bisher herrschenden Parteien. Kaum wenige Monate an der Macht zeigt sich, dass er vor allem eins macht: die Angriffe auf die Arbeiter fortzusetzen. Doch das lassen die Arbeiter und Studierenden nicht widerstandslos mit sich machen!

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de
Telefon: 0151-55570980
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren: für 13 € pro Jahr!